

## **Wertschätzung des Engagements und Verbesserung der Bedingungen statt Verpflichtung!**

Jedes Jahr absolvieren rund 100.000 junge Menschen bundesweit einen Freiwilligendienst im Inland (FSJ / BFD / FÖJ). Sie erhalten dafür eine Aufwandsentschädigung in Höhe von max. 423 € pro Monat. Oftmals müssen auch die Fahrtkosten zur Einsatzstelle selber getragen werden. Das ist nicht optimal, aber junge Menschen engagieren sich trotzdem und gerne. Wenn die Bedingungen besser wären, könnten sich noch mehr junge Menschen einen Freiwilligendienst nach dem Schulabschluss leisten. Wir fordern hier eine Verbesserung der Bedingungen und eine größere Wertschätzung für junges Engagement!

Anstatt die Bedingungen und das Angebot zu verbessern, diskutieren Politiker\*innen aktuell erneut einen sozialen Pflichtdienst. Angestoßen wurde die Diskussion durch den Bundespräsidenten Steinmeier. Auch wenn er keinen konkreten Altersbezug nannte, wird vor allem über junge Menschen diskutiert.

Engagement für die Gesellschaft erweitert den eigenen Horizont und tut in der Regel anderen Menschen oder der Umwelt Gutes. Aus diesem Grund sind bereits heute viele junge Menschen ehrenamtlich aktiv (z.B. in Jugendverbänden, Hochschulen, Gewerkschaften, politischen Organisationen und Bewegungen). Durch den Leistungsdruck und reguläre Ganztagsbetreuung werden das Engagement und insbesondere die ehrenamtliche Übernahme von Verantwortung in Ämtern allerdings erschwert. Junge Menschen sind also bereits eine engagierte Gruppe der Bevölkerung (vgl. Freiwilligensurvey 2019). Sie haben zudem gerade in den letzten zwei Jahren ihre Solidarität gezeigt und dafür auch viele Einschränkungen hingenommen.

Ein sozialer Pflichtdienst bevormundet junge Menschen in ihrer Lebensgestaltung und erkennt das Engagement, das bereits da ist, nicht an. Unter dem Vorwand der Horizonterweiterung sollen junge Menschen einen Pflichtdienst leisten und vor allem die Lücken füllen, die durch jahrzehntelanges Sparen im sozialen Sektor und insbesondere in den Pflegeberufen entstanden sind. Diese Vereinnahmung junger Menschen lehnen wir entschieden ab!

Statt auf diese Weise billige Arbeitskräfte für die sozialen Berufe zu rekrutieren, müssen die Bedingungen und Bezahlungen in den sozialen Berufen, insbesondere in der Pflege, dringend verbessert werden. Zudem muss das vielfältige Engagement junger Leute ernstgenommen und gefördert werden, inklusive einer Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Freiwilligendiensten.

Unser Selbstverständnis als Jugendverband ist die Freiwilligkeit jeden Engagements. Auf diesen wertvollen Pfeilern basiert unsere gesamte Arbeit und diese müssen wir insgesamt stützen statt sie durch Verpflichtungen womöglich zum Bröckeln zu bringen.

Ehrenamtliches Engagement in Vereinen hat heute selten konkreten Wert in Ausbildung oder Studium durch eine Anrechnung des Engagements. Stattdessen fallen die daraus resultierenden Ausbildungs- oder Studiumsverzögerungen zulasten der Individuen, indem sie beispielsweise aus der Regelstudienzeit des Bafögs und mit 25 Jahren aus der Familienversicherung der Krankenkassen fallen. Hier muss angesetzt werden, um das Engagement wirklich wertzuschätzen und für jede\*n zu ermöglichen! Auch die bestehenden Freiwilligendienste müssen ausgebaut und besser vergütet werden, sodass sich jede\*r diese Zeit nach der Schule oder später im Leben leisten kann.

Als Jugendwerk der AWO setzen wir uns für Kinder und Jugendliche ein, gerade wenn sie armutsgefährdet oder -betroffen sind. Wir wünschen uns deshalb von Politiker\*innen kein Nachdenken über weitere Verpflichtungen für junge Menschen sondern einen Fokus auf das Ermöglichen ihrer Rechte: Recht auf bezahlbaren Wohnraum, Recht auf einen Ausbildungsplatz, Recht auf ein Leben ohne Armut und das Recht auf die selbstbestimmte Wahl des eigenen Aufenthaltsort. Ein wichtiger Schritt dahin ist die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz!

Zum Thema „sozialer Pflichtdienst“ war unsere ehemalige Bundesvorsitzende und aktuelle Landesvorsitzende des Landesjugendwerks Bayern, Roxana Pilz, deshalb am 13.06.2022 als Expertin in einer Gesprächsrunde beim Bayerischen Rundfunk bzw. ARD alpha. Der Beitrag kann hier angehört und angeschaut werden: <https://www.br.de/radio/bayern2/was-halten-sie-von-steinmeiers-vorschlag100.html>

*Das Bundesjugendwerk der AWO e.V. ist der eigenständige Kinder- und Jugendverband der Arbeiterwohlfahrt, der seine Aufgaben vor allem in der außerschulischen Bildung und der politischen Interessenvertretung sieht. Es besteht aus Bezirks- und Landesverbänden und ist anerkannter Träger der Jugendhilfe sowie Mitglied im Deutschen Bundesjugendring. In der Arbeit des Bundesjugendwerks stehen vor allem die verschiedenen Lebenslagen, Interessen und Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund.*